



Dr. Nadja Meisterhans,  
Politikwissenschaft-  
lerin, Institut für  
Gesellschafts- und  
Sozialpolitik, JKU

# Demokratie in Gefahr: Vor falschen Freunden wird gewarnt

Derzeit erleben wir, dass Rechtspopulisten in Europa lautstark ihr Herz für die direkte Demokratie erwärmen.

So wirbt die FPÖ beispielsweise für die direkt-demokratische Aufhebung des Rauchverbots und des Tempolimits. Doch vor den falschen Freuden der Demokratie sei gewarnt. Was da so bürgernah rüberkommt, kann politikwissenschaftlich als sehr bedenklich eingestuft werden: der Mehrheitswille kann nämlich manipuliert werden.

Entscheidend ist in der Demokratie, über was abgestimmt wird. Also wie wird eine Position begründet und welche Stimmen finden in der öffentlichen Debatte überhaupt Gehör? Sicherlich haben Lobby-VertreterInnen aus der Wirtschaft andere (finanzielle, personelle und organisatorische) Möglichkeiten, sich einzubringen als Arbeitslosen- oder Flüchtlingsinitiativen. Dazu kommt, dass sich komplexe Sachverhalte nicht auf simple Ja-Nein-Alternativen reduzieren lassen.

Doch damit nicht genug: Wird die Abstimmung von Regierungen populistisch dazu benutzt, um Stimmungen zu erzeugen, wird die Aufmerksamkeit auf Pseudoprobleme gerichtet. WählerInnen werden so auf Trab gehalten und wie der Stier auf das rote Tuch gelenkt. Es wird dann Mitbestimmung inszeniert, um vom eigenen Politikversagen oder politischen Dilettantismus abzulenken (ein Schelm wer hier an die aktuelle Regierung denkt). Möglicher-



© 123rf, wepar5

weise wird zudem verschleiert, dass im Hintergrund Entscheidungen getroffen werden, die auf den Abbau der Demokratie ausgerichtet sind.

Demokratie ist viel mehr als Wählen. Sie ist ein Versprechen auf gesellschaftliche Teilhabe. Entscheidend ist, dass BürgerInnen die Demokratie in vielfältiger Form mitgestalten können. Das reicht von der betrieblichen Mitbestimmung bis hin zur Einbindung der Zivilgesellschaft etwa im Bereich der Kultur oder politischen Bildungsarbeit. Es ist freilich kein Zufall, dass RechtspopulistInnen zu diesen Aspekten der Demokratie schweigen. Oder wie der aktuelle Förderungskahlschlag im Bereich der Menschenrechtsarbeit und der sozialen Einrichtungen zeigt, sie unterminieren wollen.